

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Einleitung	1
1. Abschnitt: Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	1
2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe	2
A. Aktenvollständigkeit	2
B. Bearbeitervermerk	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis	3
D. Feststellung des Beschuldigten	4
2. Teil: Das Gutachten	5
1. Abschnitt: Materiell-rechtliches Gutachten (A-Gutachten)	5
A. Bildung von Tatkomplexen	5
B. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten	5
C. Vorauswahl der Strafgesetze	6
D. Reihenfolge der Deliktsprüfung	6
2. Abschnitt: Prüfung der im Einzelfall in Betracht kommenden Delikte	7
A. Prüfung der Verdachtsgrade	7
B. Einleitungssatz	9
C. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse	10
I. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse	10
1. Strafantrag	10
a) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts	10
b) Vorliegen eines Strafantrages	11
c) Antragsberechtigung	11
d) Form und Frist	11
2. Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses	13
II. Verjährung	14
1. Ermittlung der Verjährungsfrist	14
2. Verjährungsbeginn	14
3. Verschiebung des Verjährungseintritts: Ruhe oder Unterbrechung der Verjährung	15
III. Tod des Beschuldigten	16
IV. Strafunmündige	16
V. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für die Strafverfolgung	17
1. Sperrwirkungsfähige Entscheidungen	17
a) Umfassende Sperrwirkung	17
b) Sperrwirkung nur für die erneute Verfolgung der Tat als Vergehen oder Ordnungswidrigkeit	17
c) Beschränkte Sperrwirkung, soweit keine neuen Tatsachen oder Beweismittel vorliegen	18
d) Keine Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung	18
2. Persönliche Reichweite der Sperrwirkung	18
3. Prozessuale Tatidentität	18
VI. Sonstige Verfahrenshindernisse	21

D. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale	21
I. Allgemeine Regeln	21
II. Streitstände in Assessorklausuren	22
E. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale.....	24
I. Prüfungsstandort	24
II. Beweisbedürftige Tatsachen	24
III. Beweismittel	25
1. Arten	25
2. Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	26
IV. Beweisverbote	28
1. Systematik	28
a) Arten von Beweisverboten	28
b) Rechtsgrundlagen	29
c) Reichweite	29
d) Widerspruch des Beschuldigten	30
2. Beweisverwertungsfragen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur	30
a) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Äußerungen Beschuldigter	30
aa) Bei Vernehmungen	31
bb) Außerhalb förmlicher Vernehmungen (§ 136 a StPO analog und „fair trial“)	37
b) Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen	38
aa) Keine Belehrung über das Zeugnisverweigerungs- recht (ZVR)	38
bb) Zu erwartende Berufung auf das ZVR in der Hauptverhandlung	39
cc) Keine Belehrung über das Aussageverweigerungs- recht (AVR)	41
dd) Verbotene Vernehmungsmethoden	41
ee) Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungs- verbote gegenüber zeugnisverweigerungs- berechtigten Personen	41
ff) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit der Verletzung von Anwesenheitsrechten des Beschuldigten (§§ 168 c, 223 StPO)	42
c) Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln	43
aa) Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81 a, 81 c StPO	43
bb) Durchsuchung, §§ 102 ff., und Beschlagnahme, §§ 94 ff. StPO	44
cc) Überwachung des Fernmeldeverkehrs, §§ 100 a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100 c ff., 100 f. StPO	46
d) Verbot negativer Schlüsse	46
aa) Aussageverhalten Beschuldigter	47
bb) Aussageverhalten von Zeugen	48
V. Beweiswürdigung	48
1. Einfache Beweiswürdigungen	49
a) Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln	49

b) Der Beschuldigte lässt sich nicht zur Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf und Beweismittel fehlen oder sind unergiebig	49
2. Fälle mit komplexen Beweiswürdigungen	50
a) Zu den einzelnen Beweismitteln	50
aa) Abstrakte Zuverlässigkeit der Beweismittel	50
bb) Gegenstand der Beweiswürdigung bei Angaben von Beschuldigten und Zeugen	51
b) Gesamtbewertung	53
VI. Die strafrechtlichen Zweifelsregeln	55
1. In dubio pro reo	55
2. Postpendenz	57
3. Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahlfeststellung)	57
4. Echte (ungleichartige) Wahlfeststellung	58
F. Konkurrenzen, Ergebnis der materiellen Prüfung und für die Abschlussverfügung relevanten Rechtsfolgen der Tat	60
I. Konkurrenzen und Gesamtergebnis	60
II. Für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat	60
1. Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	61
2. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	62
a) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 74 ff. StGB	62
b) Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 73 ff. StGB	63
3. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten)	64
A. Für das B-Gutachten relevante Einstellungsfragen im Zusammenhang mit der (Teil-)Einstellung des Verfahrens	64
I. (Teil-)Einstellung nach § 154 f StPO	65
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	66
1. Selbstständige prozessuale Tat	67
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat	67
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine von mehreren prozessualen Taten	68
2. Einstellungsbescheid und Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren, §§ 171 f. StPO	69
a) Einstellungsbescheid	69
b) Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren	69
aa) Begriff des Verletzten	69
bb) Privatklagedelikte und Klageerzwingungsverfahren	70
3. Einstellungsnachricht	70
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG)	70
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen	70
III. Besonderheiten der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten	71
1. Privatklagedelikte	71
2. Prozessvoraussetzung, § 376 StPO	71
a) Begriff des öffentlichen Interesses	71
b) Officialverfahren bei Vorliegen des öffentlichen Interesses	72

c) Privatklageverfahren bei Nichtvorliegen des öffentlichen Interesses	72
d) Jugendliche und Heranwachsende	73
3. Privatklagedelikte und Officialdelikte in einer prozessualen Tat	73
a) Keine Verfahrenaufspaltung	73
b) Privatklagedelikte und Officialdelikte ohne Verletzeneigenschaft in einer prozessualen Tat	74
4. Mehrere prozessuale Taten	74
B. Im B-Gutachten relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung	75
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag	75
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts	76
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit	76
a) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte erster Instanz	76
b) Zuständigkeit der Jugendgerichte erster Instanz	77
2. Örtliche Zuständigkeit	78
a) Verfahren gegen Erwachsene	78
b) Verfahren gegen Jugendliche	78
III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers	79
IV. Untersuchungshaft bei noch nicht inhaftierten Beschuldigten	81
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO (ohne Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls)	81
2. Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls	82
V. Bereits inhaftierter Beschuldigter	83
VI. Antrag auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	86
VII. Antrag auf Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten nach §§ 111 b ff. StGB, die Herausgabe beweglicher Sachen gemäß § 111 n StGB und das Absehen von der Einziehung nach § 421 StPO	87
VIII. Mitteilungspflichten	88
IX. Fristen	89
3. Teil: Die Praxisentscheidung der Staatsanwaltschaft	91
1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung	91
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen	91
I. Formale Erfordernisse	91
II. Verfügungsinhalte	91
1. Vermerke	91
2. Entscheidungen	92
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen	92
4. Anordnungen	92
5. Bescheide und Schreiben	92
B. Inhalt und Form	92
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO	92
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO	94
1. Einstellungsbescheid	94
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland	95

3. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg	96
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung)	97
I. Inhalt der Begleitverfügung	97
1. Einleitungsvermerk	97
2. Abschluss der Ermittlungen	98
3. Beschränkungen der Anklageschrift	98
4. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift	98
5. Entwurf und Überstück der Anklageschrift	98
6. Ablichtung des Bundeszentralregisterauszugs zu den Handakten	98
7. Mitteilungen nach der MiStra	99
8. „U.m.A.“	99
9. Zusätzliche Anträge	99
10. Wiedervorlagefrist	99
II. Muster einer Begleitverfügung	100
1. Typische Begleitverfügung	100
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung	100
a) Begleitverfügung in Norddeutschland	100
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern	102
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg	103
2. Abschnitt: Die Anklageschrift	103
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung	103
I. Umgrenzungsfunktion	103
II. Informationsfunktion	103
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	103
B. Form und Inhalt	104
I. Anklagesatz	104
1. Kopf der Anklageschrift	105
2. Adressat der Anklage	105
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“	105
4. „Rubrum“	105
a) Angaben zur Person	106
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung	107
c) Benennung des Verteidigers	108
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“	108
6. Bezeichnung der Tat	108
a) Tatzeit und Tatort	108
b) Deliktsübergreifende Angaben	109
aa) Reifegrad jedes Angeschuldigten	109
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung	110
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung	111
d) Konkurrenzen	112
7. Gesetzliche Merkmale der Tat	114
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale	114
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils	115
aa) Versuch, § 22 StGB	115
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB	116
cc) Versuch der Beteiligung, § 30 StGB	116
dd) Unterlassen, § 13 StGB	117

c) Die einschlägigen Bestimmungen des Besonderen Teils	117
aa) Qualifikationstatbestände	117
bb) Regelbeispiele	117
cc) Privilegierungen	118
dd) Vorsatz und Fahrlässigkeitsvarianten desselben Delikts	118
ee) Ungeschriebene Tatbestandmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale	118
ff) Anschlussdelikte und Vollrausch	119
gg) Rechtsfolgenrechtsnormen	119
8. Die Konkretisierung	121
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB	122
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB, und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB	122
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten	123
d) § 223 StGB und § 229 StGB	123
9. Angabe der verletzten Strafgesetze	124
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungs- interesse	125
II. Beweismittel	126
1. Angaben des Angeschuldigten, ggf. auch von Mitangeschuldigten	127
2. Zeugen	127
3. Sachverständige	128
4. Urkunden	128
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“)	128
6. Beiakten	129
III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen	130
1. Zur Person	130
2. Zur Sache	131
IV. Der Antrag	133
V. Unterschrift	134
C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg	136
4. Teil: Endkontrolle	142
5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen	147
1. Abschnitt: Der Strafbefehl	147
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen B-Gutachten	147
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen	147
1. Anwendung des allgemeinen Strafrechts	147
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters gehören, § 25 GVG	147
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO	147
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung	148
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung	148
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten	148

B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO	149
I. Die Abschlussverfügung	149
II. Form und Inhalt des Strafbefehls	150
2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls	152
A. A-Gutachten	152
I. Dringender Tatverdacht	152
II. Haftgründe	153
1. Flucht, § 112 Abs. 2 Ziff. 1 StPO	153
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 2 StPO	153
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 3 StPO	154
4. Schwere Kriminalität, § 112 Abs. 3 StPO	154
5. Wiederholungsgefahr, § 112 a StPO	155
III. Verhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO	155
B. B-Gutachten	155
C. Form und Inhalt des Antrags auf Erlass eines Haftbefehls	156
3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses, §§ 102, 103, 105 StPO	158
A. A-Gutachten	159
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat	159
II. Auffindungsvermutung	159
III. Verhältnismäßigkeit	160
B. B-Gutachten	160
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses	161
Stichwortverzeichnis	165